

# Volksstimme

## zugleich Volksstimme für Biele

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Biele, Republikanska Nr. 41.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien ...

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 7. cr. ...

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). ...

# Reichstabinett verhindert Finanzpanik

## Die deutschen Börsen geschlossen — In Erwartung einer ausländischen Hilfsaktion — Noch keine Entscheidung des Reichstabinetts — Wird Amerika helfen?

Berlin. Das Reichstabinett hat seine Beratungen, die den ganzen Sonntag über andauerten, bis in die 3. Morgenstunde des Montag ausgezehrt. Das Ergebnis war für die Öffentlichkeit zunächst nur die amtliche Mitteilung, wonach die Danabank ihre Schalter am Montag schließt, zugleich aber die Garantie der Reichsregierung durch eine noch für Montag zu erwartende Notverordnung des Reichspräsidenten vorweisen kann.



Frankreichs Finanzminister Flandin der Luthers Kreditbemühungen in Paris die stärksten Widerstände entgegensetzt.

Die Verhandlungen des Reichstabinetts sind in der Nacht zum Montag entgegen den Erwartungen nicht zum endgültigen Abschluß gekommen. Das Reichstabinett wird, nachdem sich Reichsfinanzler und Minister wenigstens einige Stunden Schlaf gönnen können, seine Beratungen weiter und zu Ende führen. Neugier der genannten Garantie des Reiches für die lebenswichtigen Banken, zu der das Kabinett durch Notverordnungen zu ermächtigen wäre, erwartet man weitere Maßnahmen zur Regelung des Devisenverkehrs, d. h. gegen die Kapitalflucht.

„Die Reichsregierung wird auf Grund einer im Laufe des heutigen Tages ergehenden Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten durch volle Garantieleistung für alle Anlagen für eine ruhige Abwicklung der Geschäfte der Danabank Sorge tragen.“

Mit Rücksicht auf die Bedeutung der eingetretenen Zahlungsstörung ist den Börsen die Anregung gegeben worden, den Verkehr mit Effekten und Devisen für Montag und Dienstag einzustellen.“

### Montag und Dienstag Börsen geschlossen

Eine Erklärung der Danabank. — Ein amtliches Kommuniqué. Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: „Die Darmstädter und Nationalbank hat mitgeteilt, daß sie genötigt sei, ihre Schalter am Montag geschlossen zu halten. Die Reichsregierung hat die Darmstädter und Nationalbank zu folgender Erklärung ermächtigt:

### Politische Konzessionen?

Die Folgen der Heldengeste der „nationalen Opposition“.

Deutschland befindet sich in ungeheuren finanziellen Schwierigkeiten. Sie sollen durch den Hooverplan teilweise behoben werden, dessen Ausführung indessen an den französischen Einwänden sich verzögern wird. Der Devisenabfluß aus Deutschland nimmt geradezu katastrophale Formen an, so daß sich der Reichsbankpräsident Dr. Luther veranlaßt sah, in London und Paris zu intervenieren und noch eine rasche Anleihe zu erlangen, bis der Hooverplan in Wirksamkeit tritt. Die Mission war erfolglos, London machte Vorbehalte und in Paris hat man Dr. Luther glatzweg abgewiesen, Anleihen sind ohne politische Konzessionen nicht zu erlangen. Aber auch die englische Presse setzt auf Berlin ein, eine große Geste zu vollführen, das heißt also, nach Paris politische Konzessionen anzubieten, damit sich Frankreich freimütiger zeigt und Deutschland die Hooverhilfe bald gewährt wird. Dazu will man sich in Berlin vorerst nicht verstehen, aber Frankreich bleibt hartnäckig und an seinem Verhalten kann die ganze Hooveraktion scheitern. Was das für Europa bedeuten würde, braucht nicht weiter unterjucht zu werden. Eines bleibt im Augenblick nur festzustellen, Deutschland befindet sich in einer außergewöhnlich kritischen Situation, deren Ausgang ungewiß ist, die Reichsregierung berät in Permanenz, kann aber keinen Ausweg finden. Es will die geforderte Geste nicht vollziehen, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Kampfansage, durch die nationale Opposition, wie sie durch Hitler und Hugenberg in den letzten Tagen angefündigt wurde. Und gerade diese „Kampfansage“ an den bisherigen Kurs im Reich ist es, die Frankreich noch bedenkllicher stimmt, genau so, wie das Bekenntnis Thälmanns in Warschau, daß der ganze kommunistische Kampf in erster Linie der deutschen Arbeiterbewegung gilt, wie in Zukunft der ganze Kampf der Hitler und Hugenberg dem Hooverplan gelten soll, bis das heutige System Brüning im Reich befeitigt ist. Braucht man sich unter diesem Eindruck der Meinungen zu wundern, daß Paris die Situation ausnützt und einfach politische Konzessionen fordert?

Wie immer man sich zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts Brüning stellt, es darf nicht geleugnet werden, daß es sich bemüht, aus der kritischen Situation herauszukommen, aber nur lazierend, keine starke Ablehnung des Nationalismus, keine Ablehnung der Stahlhelmaktionen, keine starke Hand gegen die Hitleristen und ein Liebhäugeln mit den Hugenbergern, was zur Folge hat, daß Deutschland verdächtigt wird, die Friedenspolitik in Europa zu durchkreuzen, den Revanchegedanken zu pflegen, dazu kommt der Panzerkreuzerbau, dann die deutsch-österreichische Zollunion, und die Franzosen sind nicht gewillt, diesem Deutschland ohne politische Garantien zu helfen. Es nützt da nichts, wenn deutscherseits versichert wird, daß Deutschland völlig abgerüstet hat, und daß es nur im Rahmen der ihm gewährten Möglichkeiten sein Heer und seine Flotte in Takt hält. Die Franzosen sehen und wollen mehr sehen, sie sehen auch eine Gefährdung ihres Prestiges und die Wandlung ihrer Hegemonie und lagern mit kalter Schulter zu Deutschlands Gesundung ein energisches „Nein“ und verweisen eben auf all die angeführten Tatsachen, Stahlhelm und Hitler, Panzerkreuzer und Hugenberg, Schutzzölle und Zollunion und anderes mehr, und fordert eine klare Erklärung des Reichstabinetts, daß es von dieser deutschen Politik Abstand nehme, wenn ihm geholfen werden soll. Wohl hat man durch den Reichsfinanzler Brüning erklären lassen, daß Deutschland die Segnung der Hooveraktion nicht für Rüstungszwecke verwenden werde, aber damit gibt man sich in Paris nicht zufrieden, man fordert politische Konzessionen, deren Ausmaß im Augenblick nicht bekannt ist.

Die große Geste, die man auch von Deutschland in England fordert, dürfte sich in der gleichen Richtung bewegen und man muß sagen, daß es fast den Anschein hat, als wenn von London in dieser Beziehung direkt ein Druck auf Berlin ausgeübt werden würde. Das wird sich erst beim Besuch Macdonalds und Hendersons in Berlin zeigen, aber die englische Presse aller Richtungen läßt darüber keinen Zweifel mehr, daß Deutschland nur dann auf großzügige Hilfe rechnen darf, wenn es sich mit Frankreich verständigt und jede Verständigung zwischen Paris und Berlin kann nicht anders gedeutet werden, als die Einstellung des Panzerkreuzerbaus, was übrigens noch tragbar wäre, aber man

# Hoesch unterrichtet Caval

## Erste deutsche Vorstellungen in Paris — Deutschlands Finanzlage kritisch

Paris. Nachdem der deutsche Botschafter von Hoesch am Sonntag vormittag dem Generalsekretär des Außenamtes Berthelot einen Besuch abgestattet hatte, hatte er im Laufe des Tages verschiedentlich versucht, andere führende Mitglieder der französischen Regierung zu erreichen. Die in Paris stritt durchgeführte Sonntagsruhe hatte d. bis in die späten Abendstunden unmöglich gemacht. Erst gegen 22 Uhr gelang es dem Botschafter, den französischen Ministerpräsidenten Laval zu erreichen, dem er unverzüglich einen Besuch abstatte. Über die Besprechung, die zwischen ihnen geführt wurde, ist im Augenblick noch nichts Genaueres bekannt. Es steht jedoch fest, daß der Botschafter dem Ministerpräsidenten auf die äußerst kritische Finanzlage im Reich aufmerksam gemacht und ihn darum gebeten hatte, die Beteiligung Frankreichs an einer Hilfsaktion einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen. Von deutscher amtlicher Seite in Paris wird diese Darstellung durch eine heute veröffentlichte Verlautbarung bestätigt.

„Der deutsche Botschafter v. Hoesch hatte heute abends dem Ministerpräsidenten Laval aufgesucht, um ihm eine Darstellung der ernststen Finanzlage Deutschlands zu geben.“

### Frankreich beharrt auf seinem Standpunkt

Paris. Der letzte Notruf der Reichsregierung an die Regierungen in Washington, London, Rom und Paris ist hier mit der bekannten Passivität aufgenommen worden, die man in Frankreich stets an den Tag legt, wenn es sich darum handelt, Deutschland zu helfen. Außenminister Briand befindet sich auf seinem Landgut. Auch Finanzminister Flandin hat Paris verlassen, um sich einige Tage Ruhe zu gönnen.

### Die 200. Fahrt des „Graf Zeppelin“ beendet

Friedrichshafen. „Graf Zeppelin“ ist von seiner Wiener Landungsfahrt, die die 200. Fahrt war, in Friedrichshafen am Montag um 24,25 Uhr glatt gelandet.

### Amerika will eine deutsche Finanzkatastrophe verhindern

Neuyork. Die Washingtoner Regierungskreise planen, wie am Sonntag inoffiziell durchsickert, die Mobilisierung der amerikanischen Finanz zum Zwecke einer Verhinderung der deutschen Finanzkatastrophe, da sich, wie die „New York Herald Tribune“ schreibt, die Welt einen deutschen Bankerott nicht leisten könne. Auch sei es praktisch unmöglich, daß die Pariser Regierung für eine Kredithilfe weitere Zugeständnisse erhalte. Präsident Hoover, der wiederum im Wochenendlager weilt, steht in ständiger Telefonverbindung mit der Bundeshauptstadt.

In Neuyork wurden nichtamtlich drei Möglichkeiten einer Finanzhilfe erzoget:

1. Unbeschränkte Kredite der Federal Reserve Bank Neuyork an die Reichsbank entweder direkt oder indirekt durch Wechselhonorierung.
2. Gemeinsame Gewährung großer Darlehen durch private Finanzinstitute und
3. indirekte Kredite durch die Bank von England.

Trotzdem besteht aber die Vermutung, daß Hoover beim Federal Reserveamt einen Schritt unternehmen wird, um eine deutsche Katastrophe zu vermeiden.

### Zuspitzung des Danzig-polnischen Patrouillienkonfliktes

Danzig. Durch eine Note hat der diplomatische Vertreter Polens in Danzig am Sonnabend abend grundsätzlich abgelehnt, eine Genehmigung für die Entsendung von polnischen Marinepatrouillen bei den zuständigen Stellen nachzusuchen.

Danzig hat darauf sofort eine Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes unter Hinweis auf die besondere Dringlichkeit der Angelegenheit beantragt.

fordert weiter, daß Deutschland die Zollunion mit Oesterreich aufgibt, also sich völlig unter ein Diktat von Paris stellt. Daß der Reichsanzler noch nicht den Mut aufgebracht hat, sich mit aller Energie gegen die Stahlhelmprovokationen zu erklären und eine sehr deutliche Abjage an die „nationale Opposition“ zu führen, ist ein bedauerlicher Fehler, er hätte hier, unter der Adresse Frankreichs, zweifellos etwas getan, worauf man in Paris lange wartet, denn in Hitler und Hugenberg sieht man in Paris die eigentlichen Verderber Deutschlands, die Saboteure der Erfüllungspolitik. Aber das ist schon Sache der Reichsregierung, den notwendigen Takt zu finden, und man muß sich in Berlin darüber klar sein, daß es eine Rettung Deutschlands nicht gibt, bevor nicht eine politische Verständigung mit Frankreich Platz gegriffen hat.

Mitten in dieser schwierigen Situation, in welcher sich das Reich befindet, haben die sogenannten nationalen Parteien nichts Wichtigeres zu tun, als eine Kampfanlage an den bisherigen Kurs im Reich zu richten und auch den Marxismus als Verderber Deutschlands zu betrachten, der Stahlhelm hingegen fordert den Volkseinsatz gegen Preußen, welches der einzige ruhige Pol in der deutschen Politik ist und allein dem Vordringen des Nationalismus Einhalt gebietet, für Ruhe und Ordnung im werdenden Chaos sorgt. Die Reichsregierung, unter Brüning's Führung, bringt leider aus der Zweispaltigkeit dieser Regierung heraus, nicht den Mut auf, sich mit aller Entschiedenheit gegen die Saboteure von rechts und links zu wenden, sondern duldet dieses Treiben, was zur Folge hat, daß das Ausland immer mehr die Entwicklung der deutschen Verhältnisse mit Mißtrauen betrachtet. Das Mißtrauen führte letzten Endes zu der Abgabe einer neuen Anleihe, wie sie jetzt Luther in Paris erlebt hat. Zwar sind noch nicht alle Hoffnungen auf baldige Hilfe aufgegeben, aber die kritische Situation reißt zu einem Zustand, daß Deutschland politischen Erpressungen ausgesetzt ist, wie sie in Form politischer Konzessionen von Frankreich gefordert werden. Und trotzdem gibt es keinen anderen Ausweg, als die Verständigung mit Frankreich, mag man darüber in Berlin noch so entsetzt sein, es ist die Folge jener Politik, die sich zwar mit der Notverordnung gegen die breiten Massen wendet, aber dem Nationalismus der Stahlhelm, Hitler und Hugenberg nicht die notwendige Antwort erteilt. Die kommende Woche wird an Ueberraschungen reichlich gesegnet sein, die Youngkonferenz, die am 17. Juli in London beginnen soll, wirft ihre Schatten voraus, Deutschland wird ohne weitgehende Konzessionen, unter dem Druck von England, für Frankreich nicht hinwegkommen. Dies mag ja für die Regierung Brüning sehr bedauerlich sein, ändert aber nichts an der Tatsache, wenn Deutschland ausreichende Hilfe gewährt werden soll.

**Die „Viga zur Machterweiterung Polens“ feiert Tannenberg**

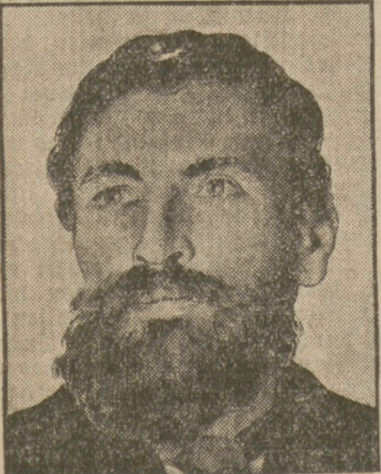
Warschau. Die polnische Viga zur Machterweiterung Polens hat am 10., 11. u. 12. 7. mit großem Aufwand den Gedenktag der Schlacht bei Tannenberg i. J. 1411 gegen die Kreuzritter in Warschau und anderen Städten Polens begangen. Den Höhepunkt der Feier bildete die Enthüllung einer Gedenktafel am Sonntag in Uzdowo, dicht an der ostpreussischen Grenze, mehrere Kilometer nördlich von Soldau. Diese Feierlichkeiten begannen bereits um Mitternacht vom Sonntag zum Montag, als längs der ostpreussisch-polnischen Grenze zahlreiche Feuer angezündet wurden. Aus Warschau und anderen Städten haben ganze Kraftfahrerkolonnen der Viga die Fahrt nach Soldau angetreten.

**Abrüstungslundgebung in London**

London. Die Abrüstungslundgebung in London schloß mit der Annahme folgender Entschliebung: „Die Versammlung begrüßt mit Wärme die kommende Abrüstungskonferenz und fordert die Regierungen auf, alles in ihrer Macht liegende zu tun, um eine wirkliche Verminderung der Heere, Flotten und Luftstreitkräfte der Welt zustande zu bringen.“

**Dänemark klagt beim Internationalen Gerichtshof im Haag**

Kopenhagen. Das Ministerium des Aeußern teilt mit: Die dänische Regierung hat sich heute an den permanenten Gerichtshof im Haag gewandt mit einer Klage über den vollen Rechtsbruch durch die von der norwegischen Regierung proklamierte Okkupation in Ost-Grönland und mit dem Verlangen, daß diese Okkupation als dem bestehenden Rechtszustand zuwiderlaufend erklärt wird. Weiter hat die dänische Regierung den dänischen Gesandten in Oslo angewiesen, bei der norwegischen Regierung Protest einzulegen und Mitteilung von der dänischerseits im Haag eingebrachten Klage zu machen. Dem Leiter der dänischen Ostgrönland-Expedition Dr. Lange Koch, wurde unter dem heutigen Datum Polizeigewalt erteilt.



**Oesterreichs Vertreter für die Zollunionsverhandlungen vor dem Haager Schiedsgericht**

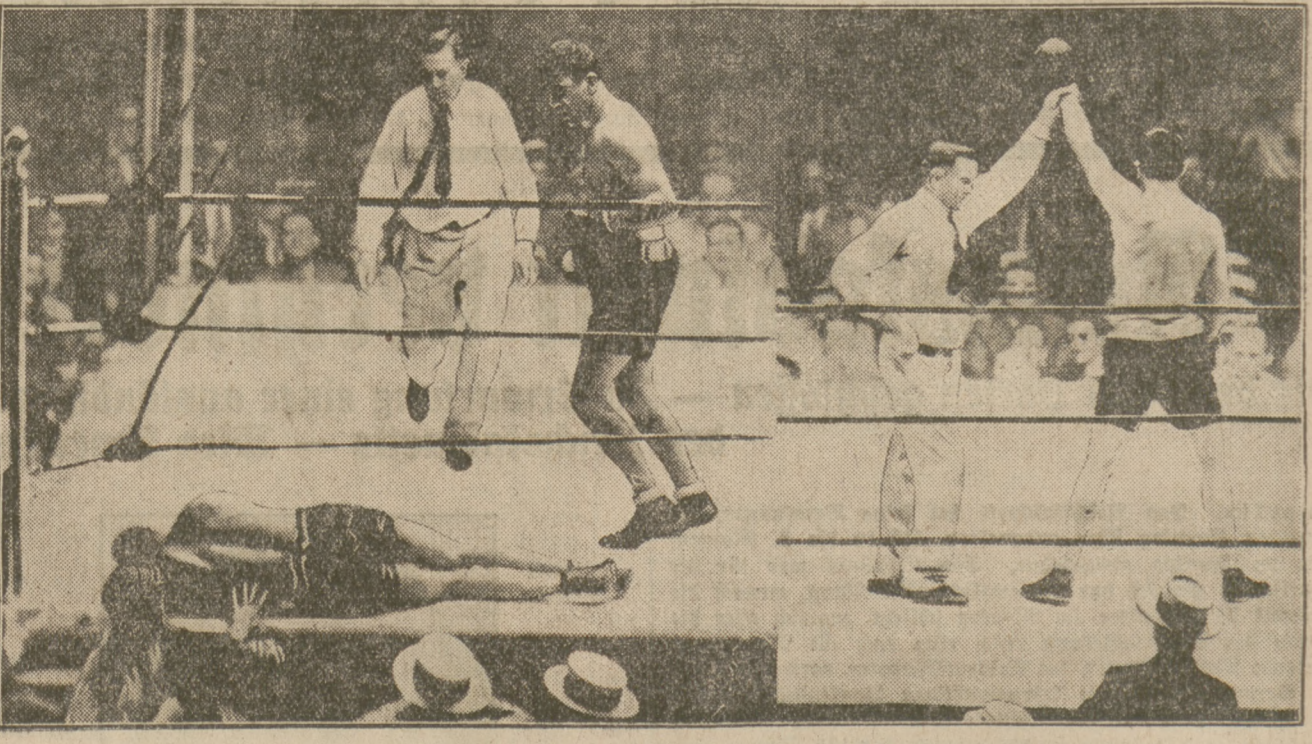
Professor Dr. Hans Sperl, der bekannte Rechtslehrer der Wiener Universität, wird bei den Verhandlungen des Internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag über die Zollunionsfrage die Interessen Oesterreichs wahrnehmen.

**Mussolini warnt Europa**

Gegen das schwache Genf — Im Winter naht die bolschewistische Gefahr — Europa muß sich selbst helfen

London. In der „Saturday Review“ befaßt sich Mussolini in einem hochpolitischen Artikel mit den Notwendigkeiten der Gegenwart und kritisiert außerordentlich scharf die schwachen Methoden von Genf u. den Mangel an individueller Charakterstärke bei den Staatsleuten der Gegenwart. Höhnisch weist er darauf hin, daß nach den Verhandlungen in Genf über die Wirtschaftsfragen Europas der Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt als schwerer Schlag gekommen ist und daß bei der Rettung Oesterreichs der Völkerbund seine Aufgabe nicht erfüllt habe. Er meint, daß die vorgeschlagene österreichisch-deutsche Zollvereinigung ein Schritt der Verzweiflung sei. Denn wie könnten sich schon zwei Völker gegenseitig helfen, die beide vor dem Bankerott ständen. Der Voranschlag habe also gar keine Bedeutung.

Sehr scharf warnt er dann die Völker Europas vor dem kommenden Winter und der bolschewistischen Gefahr, wobei er besonders bedauerlich empfindet, daß deutsche landwirtschaftliche Verbände sich schon zum Kommunismus bekennen haben. Es dürfe keine Zeit mehr mit Reden verloren werden, sondern es müsse sofort und energisch gehandelt werden. Abschließend wandte er sich, was besonders interessant ist, an England, das den kommenden Ereignissen die größte Aufmerksamkeit schenken müßte. Wenn noch ein Winter des Elends und der Not über Deutschland und Europa hereindrehe, so sei der größte Teil Europas dem Bolschewismus verfallen. Das Jahr 1932 bedeute entweder Untergang oder Fortschritt, entweder Erholung oder Uebergang zum Chaos dieser Zivilisation. Es sei notwendig, daß sich die Welt den ungeheuren Ernst der augenblicklichen Lage vor Augen halte.



**Wie Schmeling wieder Weltmeister wurde**

Die ersten Original-Photos von dem sensationellen Boxkampf in Cleveland. Der dramatische Abschluß des 15-Runden Kampfes. Links: Schmeling hat Stribling mit einem kurzen Rechten gegen das Kinn zu Boden geschickt; Stribling liegt bewusstlos in der Ecke, der Ringrichter zählt, während Schmeling sich in Angriffsbereitschaft hält. Rechts: der Ringrichter hebt Schmeling's Arm hoch und erklärt ihn zum Sieger durch technischen K. o.

**Der Druck auf Deutschland**

Ein Schritt Montague Normans — Zur Vorgeschichte der politischen Forderungen

London. Die Londoner Presse meldet, daß der Gouverneur der Bank von England, Montague Norman, auf Frankreich einen Druck ausgeübt habe, die Haltung gegenüber Deutschland zu ändern, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhindern. Dies sei geschehen, nachdem die englische Regierung festgestellt habe, daß Frankreich politische Forderungen als Voraussetzung für eine finanzielle Unterstützung Deutschlands gestellt habe. Der Schritt Normans verspreche, wie man glaube, Erfolge.

**Abschluß der französisch-russischen Verhandlungen**

Paris. Wie hier verlautet, sollen die französisch-russischen Verhandlungen, die seit einiger Zeit in Paris geführt werden, kurz vor dem Abschluß stehen. Die angestrebte Einigung soll zwar nicht das erstrebte Ziel ganz erreichen, aber immerhin für beide Teile sehr befriedigend sein.

Trotz dieser optimistischen Auffassung der Presse ist die Stimmung in London pessimistisch, da anscheinend die Finanzverhandlungen Dr. Luthers in Paris bisher zu keinem Erfolg geführt haben. An den zuständigen englischen Stellen ist man anscheinend über die Rückwirkungen, die die Aeußerungen Hendersons bezüglich der Einstellung der Kriegsschiffbauten und der Verschiebung der deutsch-österreichischen Zollunion während seiner Verhandlungen mit dem deutschen Botschafter auf die innerpolitische Lage in Deutschland hatten, unangenehm überrascht. Man bemüht sich jetzt, die Worte Hendersons abzuschwächen und sie lediglich als einen Vorschlag für eine Verhandlungsbasis zwischen Deutschland und Frankreich hinzustellen, die nichts mit den Finanzbesprechungen zu tun hätten.

**Einschränkung der Kohleneinfuhr nach Frankreich**

Paris. Ministerpräsident Laval beabsichtigt, durchgreifende Maßnahmen zur Besehung der teilweisen Arbeitslosigkeit in den französischen Kohlenruben zu ergreifen. Einer Abordnung nordfranzösischer Grubenarbeiter erklärte er, daß ein Gesetz eingeführt werden soll, das die Einfuhr ausländischer Kohle um 20 v. H. herabsetzt. Zusammen mit anderen Maßnahmen werde dies wesentlich zur Besserung der Lage in dem Kohlenboden beitragen.

Zu der Vorgeschichte der englischen Stellungnahme bringt der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ aufsehenerregende Angaben.

**Die Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau**

Essen. Zu den Arbeitskammerwahlen im Ruhrbergbau lagen Sonnabend von 216 Stimmbezirken die Ergebnisse auf 201 Bezirken vor. Es erhielten: Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands 43 178, ferner Verein der Bergbauindustriearbeiter 57 437, Kommunisten 48 781 und Gelbe 11 820 Stimmen.

Die deutsche sozialdemokratische Partei, so berichtet der Korrespondent, habe lezhin mit der englischen Labour-Regierung in Fühlung gestanden. Sie sei es gewesen, die den Reichsanzler über die Stimmung im Foreign Office orientiert und auch voll davon unterrichtet habe, was man in Paris von dieser Angelegenheit — nämlich das Panzerschiff und die Zollunion — denke. Es sei in Berlin bekannt, daß die deutschen Landwirtschaftszölle in London nicht gern gesehen würden und es sei ebenfalls bekannt, daß England an einer deutsch-polnischen Verständigung sehr interessiert sei. Der Korrespondent behauptet dann weiter in diesem Zusammenhang, daß Deutsche, selbst solche in der Regierung, insgeheim die deutschen Panzerschiffe auf den Grund des Meeres verwiirfen und möchten, daß sich das deutsch-österreichische Abkommen in ein Nichts auflöse.



Die Angaben des Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian“ beziehen sich offenbar auf den kürzlichen Besuch des Parteivorstehenden des S. P. D. Weils, in London sowie auf die vorausgegangene Tätigkeit des Abgeordneten Breitscheid in Paris während der entscheidenden Kammerabstimmung über den Hooverplan.

**Zur Hamburger Polizeitragödie**

Die Leiterin der weiblichen Hamburger Kriminalpolizei, Regierungsrätin Josephine Erkens, die Vorgesetzte der beiden Hamburger Kriminalbeamten, deren gemeinsamer Selbstmord großes Aufsehen erregt hat.

**Neuer Schritt der Ukraine beim Völkerbund**

Lemberg. Der Ukrainische Parlamentarische Klub hat an den Völkerbund in Ergänzung seiner Eingabe wegen der vorjährigen Vorfälle in Ostgalizien eine neue Denkschrift überreicht mit der Bitte, diese dem sogenannten Dreierkomitee zu übergeben.

# Polnisch-Schlesien

## Hochstapler als „Volksbeglüder“

Am vergangenen Freitag wurde eine außerordentliche Ausgabe des „Echo Ingonia“, das Organ des Musiol von der Federacja und des Hochstaplers Henryk Otto Powelski, gegen welchen der Haftbefehl erlassen wurde, in den Straßen von Kattowitz verteilt. Dieses Blättchen griff den Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter deshalb an, weil sie den Haftbefehl gegen den Gauner Powelski herausgegeben haben. Dann wurde in demselben Blättchen behauptet, daß die ganze Aktion gegen Musiol und Powelski, lediglich auf die Schlechtigkeit der Konkurrenten zurückzuführen ist, die auch auf die Presse eingewirkt haben und den Staatsanwalt und den Untersuchungsrichter täuschten. Mit solchen Argumenten rüde eine „Genossenschaftsverwaltung“ der Myslowitzer Bau- und Sparkasse aus, die, um wahr-scheinlich die Mitglieder und die Behörden zu täuschen, in der Nacht von Myslowitz nach Kattowitz überfledete. Man muß sich wirklich wundern, daß die Gerichtsbehörden solche „Verwaltung“ nicht sofort einsperren lassen, denn in diesem Falle ist die Gefahr der Beeinflussung der eingeleiteten gerichtlichen Untersuchung sehr naheliegend.

Wie bereits gesagt wurde, ist die Kasse von Myslowitz nach Kattowitz, nach Meldung des „N. Kurjer Godzienny“, in der Nacht überfledet. Die Myslowitzer wollen das nicht glauben und sind noch heute der Ansicht, daß die Kasse sich in Myslowitz befindet. Dieser Meinung waren auch die Mitglieder, nämlich jene, die nicht alle werden. Als die Kasse gegründet wurde, haben wir wiederholt darauf hingewiesen, daß das Luftschloß sind, die für die Reiven geschaffen wurden. Man muß sich wirklich wundern, daß sich so viel Reiven gefunden haben, die ihr Geld dort hingetragen haben. Jetzt hat sich herausgestellt, daß es nicht weniger als 2200 solcher waren, die zusammen 1200 000 Zloty den Hochstaplern zugeschanzt haben und die jetzt zum größten Teil fehlen. Wir haben gleich bei der Gründung der Kasse den Gründer als das hingestellt, was er war. Wir haben das Strafregister des Herrn Swienty im Detail angeführt und haben die Leute vor ihm gewarnt, aber das hat nichts genützt. 2200 „Mitglieder“ haben sich gefunden, die auf zinsfreie Anleihen reflektiert haben. Es waren etliche da, die auch eine Anleihe bekommen haben, doch steht bis jetzt nicht fest, ob das nicht vorgeschobene Personen waren, die man für die Werbung der Mitglieder gebraucht hat. Die Kasse hatte recht viel Agenten nach allen Teilen des polnischen Staates hinausgeschickt, die die Werbearbeit besorgten, und die Kasse braucht „Dankfagungen“, mit denen sie dann haufieren ging. Die „Dankfagungen“ stammten auffallenderweise nicht aus dem schlesischen Industriegebiet, und es war dadurch die Überprüfung der gewährten Anleihen erschwert. Erst eine gründliche Untersuchung wird ergeben müssen, wer die Gläubiger sind, die aus der Kasse die Anleihen bekommen haben. Inzwischen haben sich die „Mitglieder“ zusammengefunden und sind bei dem Untersuchungsrichter, Herrn Tracz in Kattowitz, erschienen und klagten dem Richter ihr Leid. Es waren das kleine Bauern, Häusler und Beamte der unteren Beamtengruppen, die die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung gegen den Vorstand und Aufsichtsrat verlangten. Sie klagten dem Richter, daß man an ihnen Betrügereien verübt hat. Man hat ihnen zwar eine zinsfreie Anleihe versprochen und ließ sie die Mitgliedsbeiträge und die „Manipulationskosten“ bezahlen und als sie wieder kamen und wegen der Anleihe nachfragten, ließ man sie die Zinsen für 20 Jahre im Voraus bezahlen. Ein Teil der Anleihebewerber hat auf die bereits eingezahlten Mitgliedsbeiträge und die Manipulationskosten verzichtet, andere wieder machten Schulden, um nur die Zinsen bezahlen zu können. Nachdem sie das Geld endlich eingezahlt haben, ließ man sie warten, bis die Kasse über den erforderlichen Betrag verfügen wird und sie werden jetzt bis in den Tod warten müssen. Wer 5000 Zloty Anleihe haben wollte, mußte zuerst 1 030 Zloty im Voraus erlegen. Dieses Geld nahm Powelski in Empfang und führte ein Schlemmerleben mit seinen Komplizen. Er trieb es noch viel toller als sein Vorgänger Swienty. Ein schleuniges Durchgreifen der Gerichtsbehörden könnte vielleicht noch manches retten, denn, wie sich nachträglich noch herausgestellt hat, wurden durch vorgeschobene Personen für mehrere 100 000 Zloty Wechsel ausgestellt und durch Powelski im Namen der Genossenschaftskasse unterzeichnet, die die Kasse wird einlösen müssen.

## Wahlratswahlen in der Fabrikhütte

Mittwoch, den 15. Juli 1931, findet in der Fabrikhütte die 10-jährige Wahl zum Angestelltenrat statt. In einer Zeit, in welcher viele Angestellte infolge der Wirtschaftskrise abgebaut werden, hat auch der Angestelltenrat außerordentlich wichtige Aufgaben zu erfüllen. Deshalb darf es den Angehörigen nicht gleichgültig sein, aus welchen Personen sich der Angestelltenrat zu sammenstellt. Die bisherigen Angestelltenratsmitglieder, die den deutschen Gewerkschaften angehören, haben stets ihre Pflichten erfüllt und im Interesse der hiesigen bediensteten Angestellten gearbeitet. Es ist daher Pflicht eines jeden Angestellten, welcher eine erfolgreiche und unparteiische Vertretung seiner Berufsinteressen wünscht, bei der Wahl des Angestelltenrats sich für die Einheitsliste der deutschen Gewerkschaften einzusetzen. An der Spitze dieser Liste, die die Nummer 2 trägt, stehen die bewährtesten bisherigen Angestelltenratsmitglieder Markowicz Melchior (Fabrikant), Engemann Ludwig (G. D. A.) und Meyer Guido (Fabrikant).

## Die Angestelltenvereine zur Sammlungsaktion für die Arbeitslosen

Die Arbeitsgemeinschaft der ober-schlesischen Angestelltenvereine wird uns geschrieben:

Die Arbeitsgemeinschaft der ober-schlesischen Angestelltenvereine hat sich in ihrer letzten Sitzung am 10. d. Mts. mit der Angelegenheit der freiwilligen Beiträge für die Arbeitslosen beschäftigt. In Anbetracht dessen, daß immer mehr Angestellte in Industrie und Handel, die bisher den Hauptanteil der Beiträge an den Arbeitslosenfonds entrichteten haben, bei ihren Berufsorganisationen wegen der fortgesetzten, außergewöhnlichen

# Wo bleiben die Getreidereserven der schlesischen Wojewodschaft?

### Hat die Wojewodschaft die Getreidereserven verkauft? — Wo ist das Geld geblieben? — Die schwerste Zeit ist da — Die Arbeitslosen bitten um die Antwort

Unsere Leser werden sich erinnern, daß die schlesische Wojewodschaft vor etwa zwei Jahren große Massen Brotgetreide eingekauft hat, um sie in der Zeit der Not, falls die Brotpreise in die Höhe gehen sollten, auf den Markt zu werfen und die Steigerung der Preise zu verhindern. Wir haben damals die vorsorgliche Getreideaktion der Wojewodschaft gebilligt, weil wir zu der Getreidepolitik der Regierung nicht das geringste Vertrauen haben. Hat doch nach den letzten traurigen Erfahrungen mit den Ausfuhrprämien das Wirtschaftskomitee bei dem Ministerrat den Beschluß gefaßt, die Getreidepolitik, wie sie bisher getrieben wurde, fortzusetzen.

Sie hat uns im vorigen Jahre nur 70 Millionen Zloty gekostet, die aus den Taschen der Steuerzahler in die unendlich großen Taschen der polnischen Großgrundbesitzer gewandert sind. Hätte die Regierung diese 70 Millionen Zloty erspart, so müßte sie jetzt die Beamtengehälter nicht so radikal beschneiden und wir hätten billigere Getreidepreise in Polen gehabt. Die „Schlachta“ hätte das Brotgetreide nicht zu

Schleuderpreisen hinausgeführt und wir hätten genügend Brotgetreide im Inlande und die Preise wären auch niedriger als sie gegenwärtig sind. Die kurzfristige Getreidepolitik hat bewirkt, daß wir trotz Abbau der Löhne und Beamtengehälter eine

Anziehung der Preise für Lebensmittel erleben. Die statistischen Ämter melden eine Steigerung der Unterhaltungskosten, die sie ohnehin auf ein Minimum reduziert haben. Ueber Wunsch der Agrarier hat die Regierung alle Hindernisse einer Getreideausfuhr aus dem Wege geräumt. Damals gab es noch nicht die Ausfuhrprämien. Dafür wurde der Beschluß gefaßt, in den Industriegebieten eine Brotgetreidereserve anzulegen. Das traf vor allem für die schlesische Wojewodschaft zu. Auf diese Art wollte man die Konjunktur vor Nachteilen schützen, falls im Frühjahr im Inlande kein Brotgetreide wäre und die Preise anziehen sollten. Die schlesische Wojewodschaft hat sich auch der Sache angenommen und hat Ende Dezember 1928 große Getreidemassen eingekauft. Es war davon die Rede, daß eine Getreidespeicher in Myslowitz erbaut wird und dort wird das Getreide eingelagert. Aus dem Getreidespeicher ist nichts geworden, aber die Wojewodschaft hat doch das Brotgetreide gekauft und in verschiedenen Mühlen, besonders in den Posener Mühlen, ein-

gelagert. Die Vorräte lagerten recht lange und was aus ihnen dann geworden ist, bleibt ein Geheimnis.

Man sprach darüber, daß die Getreidereserve mehr als 5 Millionen Zloty gekostet hat. Die Vorräte haben länger als ein Jahr gelegen. Mit den Mühlen wurde eine Vereinbarung getroffen, daß sie das Getreide verwenden können, müssen aber jederzeit in der Lage sein, dieselbe Quantität der Wojewodschaft auf Verlangen zuzustellen. Dann haben wir erfahren, daß der Wojewodschaftsrat sich mit der Reserve befaßt hat und den Beschluß faßte,

die Getreidevorräte abzustufen. Eine scharfe Auseinandersetzung erfolgte in der Presse wegen diesem Beschluß, und ein Teil der Wojewodschaftsräte zog sich überhaupt zurück, um keine Verantwortung für den Verkauf des Getreides auf sich zu nehmen. Man sprach davon, daß eine Kommission von der Wojewodschaft nach dem Ausland geschickt wurde, um das Getreide zu veräußern. Dann ist die Sache eingeschlafen. Bis heute wissen wir nicht, ob das Getreide verkauft wurde oder nicht. Aller Wahrscheinlichkeit nach wurden die Reserven abgestoßen, denn wir hätten jetzt in der schweren Zeit sicherlich Näheres darüber erfahren. Solche schwere Zeiten wie jetzt haben wir noch nicht gehabt und der Wojewodschaftsrat geht bereits daran, das Budget zu beschneiden, um Geld zusammenzubringen, damit die staatliche Unterstützung gezahlt werden kann. Auch ein Notgesetz soll ausgearbeitet werden, damit die Arbeitslosenunterstützung wenigstens dieses Jahr gesichert bleibt.

Hätte die Wojewodschaft die Getreidereserven auf Lager, so wäre die Sache nicht so trübselig wie sie ist und wir könnten uns helfen.

Die Brotpreise sind in der letzten Zeit auch erheblich gestiegen und die Wojewodschaft könnte jetzt sehr gut der schlesischen Bevölkerung mit den Vorräten helfen und der Brotteuerung steuern. Die Wojewodschaft schweigt aber, und der Warschauer „Robotnik“ interpelliert wegen der Getreidereserven. Da liegt es klar auf der Hand, daß die Getreidevorräte verkauft wurden. Nichts ist da, weder die Getreidevorräte noch das Geld. Wo ist denn eigentlich das Geld? Wurden die Vorräte tatsächlich verkauft, so muß das Geld da sein. Uns ist nichts bekannt, daß der schlesische Sejm über die Geldbeträge, die aus dem Erlös erzielt wurden, verfügt hat. In den Budgetbeträgen unter den Einnahmen steht das Geld nicht. Hier tut eine Aufklärung not und der schlesische Sejm wird sich dafür interessieren müssen.

## Einstellung von Zügen

Erst vor einer Woche haben wir jene Züge angegeben, die am 6. d. Mts. eingestellt wurden. Das war aber erst das Vorpiel von dem, was kommen wird. Am 15. d. Mts. werden nicht weniger als 53 Personenzüge, die meisten ganz und einige teilweise, eingestellt. Mit den früheren Zügen sind es gegen 70 Züge, die in der schlesischen Wojewodschaft nicht mehr verkehren werden. Es würde zu weit führen, alle diese Züge hier anzuführen, und wir verweisen unsere Leser auf die Abfahrtsfahrpläne, die auf den Bahnhöfen ausgehängt werden, müssen aber bemerken, daß diese Praxis völlig unverständlich erscheint. Die Eisenbahndirektion läßt Fahrpläne drucken und verkauft sie, und einige Wochen später schneidet sie die Fahrpläne über den Haufen. Mit der Einstellung der Züge hätte man schon bis zum neuen Fahrplan warten sollen. Es wird durch die Einstellung der Züge nicht allzuviel erspart, denn die Direktion kann unmöglich die Bahnbeamten so plötzlich entlassen. Es wird aber über Hals und Kopf gespart.

## Geschichten von staatlichen Luxusautos

Unter dem ersten Eindruck der Gehaltskürzungen für die Beamten hat die Sanierungsprelle, der erbitterten Stimmung unter der Beamtenschaft Rechnung tragend, energisch darauf hingewiesen, daß die löbliche Tendenz zur Durchführung von Ersparnissen mit der Tendenz zum Luxus im Widerspruch stehe, der in den höheren Regionen der Beamtenschaft noch immer herrsche. So schrieb der „Geprek Poranny“: „Wenn die Beamten kein Geld haben, um sich ein Paar Schuhe zu kaufen, kann man nicht verlangen, daß die staatlichen und städtischen Würdenträger in Autos fahren, von denen jedes einige zehntausend Zloty kostet.“ Dasselbe Blatt drückt sich weiter noch deutlicher aus: „Mit dem Augenblick, in dem die Luxusautos aus den Ämtern verschwinden werden, wird sich die „Nachfrage“ nach denselben unter den Familien, Verwandten und Freunden der Würdenträger vermindern, — denn die Fahrt in einem billigen Auto wird einen minimalen Eindruck machen. Es werden viele Sonntagsausflüge und Autofernfahrten ausbleiben, denn — ein billiges Auto wird nicht mehr so bequem und so schnell sein.“

Die nationaldemokratische Presse, die sicher nicht minder scharf die Würdenträger beobachtet, meint, daß diese guten Ratsschläge noch immer nicht befolgt werden. Die „Gazeta Warszawska“ weiß zu melden, daß in diesen Tagen einem Ministerium ein Auto-Daimler geliefert wurde, daß es nun erst ein hocheleganter Chrysler, vom Typ „Imperial“, (das letzte Modell) bestellt worden ist. Dieser Chrysler soll von Detroit bezogen werden, wo er loco Fabrik 3600 Dollar kostet. Der Transport und der Zoll werden wahrscheinlich ebenfalls ausmachen. Dieses Auto soll dem General Sklabowski zur Verfügung gestellt werden, der — wie das Blatt hinzusetzt — bereits zwei Autos dieses Typs für das Innenministerium eingekauft hat. Daß man sich von Luxusautos, die der Staat bezahlt, nicht gerne trennt, dafür führt die „Gazeta Warszawska“ folgendes Beispiel an. Es sollte ein staatliches Luxusauto, ein Cadillac, „reduziert“ werden. Dieser Cadillac war seinerzeit auf Weisung des Finanzministers von der Direktion des Spiritusmonopols eingekauft und dem Finanzberater Dewey zur Verfügung gestellt worden. Nach der Abreise Deweys diente der „Cadillac“ hervorragenden Persönlichkeiten aus der Welt des staat-

## Erleichterungen für Kriegsinvaliden pp.

Die Kattowitzer Eisenbahndirektion teilt mit, daß sämtlichen Kriegsinvaliden und Schwerbeschädigten im weitestgehenden Sinne Erleichterungen zu gewährt sind. So ist u. a. darauf zu achten, daß den Kriegsinvaliden und Schwerbeschädigten an den einzelnen Fahrkartenschaltern, ohne Rücksicht auf die Anzahl der Wartenden, die Billets zuerst ausgehändigt werden. Ferner ist für Kriegsinvaliden und Schwerbeschädigte, in den einzelnen Zugabteilen eine Sitzgelegenheit zu reservieren. In solchen Fällen sind jedoch diese Personen, bezw. deren Familienangehörigen, verpflichtet, zwei Stunden vor Abfahrt des Zuges entsprechende Anmeldungen bei der Eisenbahndirektion vorzunehmen. Seitens des Kriegsinvalidenverbandes werden an die einzelnen registrierten Kriegsinvaliden und Schwerbeschädigten entsprechende Ausweise ausgestellt, welche diese dann auf den einzelnen Eisenbahnstellen vorzuweisen haben.

## Betr. Entziehung der Zirkulationskarten

Ein großer Teil der militärpflichtigen jungen Leute, welche für den aktiven Heeresdienst ausgemustert wurden, ist darüber bestürzt, daß die Entziehung der Verkehrskarten erfolgt, bezw. den Anträgen auf Neuausstellung nicht stattgegeben wird. Das Bezirkskommando (P. K. U.) in Kattowitz weist darauf hin, daß jede Bestätigung völlig unbegründet ist und es sich um allgemeine Maßnahmen gegen Militärpflichtige des aktiven Dienstes handelt. Nach Ablauf der Militärdienstzeit werden die Personaldokumente ohne weiteres wieder zurückgestellt. Auch für den Fall, daß während des Militärdienstes ein außergewöhnlicher Fall eintritt, welcher die Aushändigung der Verkehrskarte an den Militärpflichtigen als erforderlich erscheinen läßt, so beispielsweise bei Todesfällen oder schweren Erkrankungen der nächsten Angehörigen hinter der Grenze, wird die Grenzkommande dem jeweiligen Heeresangehörigen von der Starostei, bezw. vom Gemeindeamt zugestellt.







## Ein Kraftbeweis

Der Geschäftsbericht des Bergarbeiterverbandes.

Ein beachtliches Dokument gewerkschaftlicher Arbeit ist der jetzt herausgegebene Jahresbericht der Bergbauindustriearbeiter für 1930. Wohl keine gewerkschaftliche Organisation hatte bis jetzt so unter den Nachschlägen der Krise zu leiden wie die Bergarbeiter. Ungeheure Arbeitslosigkeit und infolgedessen völlig anormale Unterstützungsausgaben, schwerste Depressionserscheinungen vor allem im Ruhrgebiet und infolgedessen enorme Schwierigkeiten in der Abwehr des konzentrischen Angriffs der Kommunisten, Faschisten und Scharfmacher gegen den Verband — ein verteufteltes schweres Stück Arbeit, über das das Jahrbuch Bescheid gibt!

In der allgemeinen Wirtschaftsübersicht geht das Jahrbuch auch mit einigen Ausführungen auf die gerade in diesen Tagen so kräftig in Erscheinung tretende Luder- und Schluderwirtschaft der kapitalistischen Wirtschaftsjührung ein. Jede Wirtschaftskrise — so heißt es in dem Bericht — ist ein Mangel an volkswirtschaftlicher und weltwirtschaftlicher Organisation innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems anzuknüpfen, hervorgerufen durch den Mangel an volkswirtschaftlicher Einsicht der wirtschaftlichen Machttäger. Es hat sich bei den Unternehmern der Aberglaube herausgebildet, daß es ein unbedingtes Recht auf Rente gibt unabhängig vom Beschäftigungsgrad und der volkswirtschaftlichen Leistung der investierten Kapitalien. Wer Gewinne erstrahlt, muß Verluste ertragen.

Die Entwicklung der Kohlenförderung beleuchtet der Bericht mit interessanten neuen Ziffern. Während in den deutschen Steinkohlenrevieren zu Anfang des Berichtsjahres noch 613 000 Bergarbeiter gezählt wurden, waren es gegen Jahresende nur noch 481 000. Der Rückgang der Belegschaft war größer als die Einschränkung der Förderung. Die Leistungsergebnisse pro Mann und Schicht sind weiter gestiegen. Während z. B. im Ruhrbezirk der Schichtförderungsanteil je Mann im Monatsdurchschnitt des Jahres 1929 35 Prozent höher war als 1913, betrug die Leistungserhöhung im Dezember 1930 52 Prozent. Die Steinkohlausfuhr, die 1929 17,4 Millionen Tonnen betrug, konnte sogar auf 20,3 Millionen Tonnen gesteigert werden. Der Kaliablaß bezifferte sich im letzten Jahre auf 13,5 Millionen Doppelzentner, das sind nahezu 500 000 Doppelzentner weniger als im Jahre vorher.

In der Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war das Jahr 1930 ein Wendepunkt. Während im Jahre 1929 der Verband noch 98 Tarifbewegungen, darunter 69 Lohnkämpfe führen konnte, ging die Zahl der Tarifbewegungen im Berichtsjahr auf 15 zurück. Von den 12 Lohnbewegungen konnten nur noch 4 mit einer Lohnserhöhung beendet werden, während in weiteren vier Fällen die alten Lohnsätze gehalten werden konnten. Die zahlreichen Entlassungen und Feiertagskürzungen sowie die riesigen Halbenbestände haben den gewerkschaftlichen Kampf außerordentlich erschwert. Alle Kraft mußte aufgeboden werden, den Ansturm der Unternehmer abzuschlagen.

Sehr lehrreich ist das Kapitel über die Rechtschützerkraft des Verbandes. Soweit die einzelnen Bezirke über ihre Rechtsschutzerfolge berichtet haben, beträgt die erstrittene Summe rund 730 000 Mark und außerdem 568 000 Fr., die auf das Saargebiet entfallen. Aus diesen Zahlen geht klar hervor, daß gerade in der Krisenzeit die Gewerkschaften vor den Arbeitsgerichten einen sehr zähen Kampf um die Sicherung der tariflichen Arbeiterrechte führen müssen. Daß die ganzen Rechtsschutzerfolge in ihrer finanziellen Bedeutung sich nicht restlos erfassen lassen, geht aus den Mitteilungen hervor, wonach es dem Verband möglich war, in wichtigen grundsätzlichen Entscheidungen der Rechtsprechung beachtenswerte Erfolge zu erzielen. Es wird hierbei vor allem auf den stark umkämpften Urlaubsanspruch, auf das Recht der Deputatkohlenlieferung und anderes mehr verwiesen. In dem Abschnitt über die Knappschaffsfrage betont der Bericht, daß die Pensionsversicherung die Krise besser überwunden hätte, wenn sie nicht zu einer Senkung der Beiträge gezwungen worden wäre. Von den 75 Millionen Mark, die im Jahre 1929 vom Reich der Knappschaff überwiehen wurden, durften laut einer Verfügung des Reichsarbeitsministers nur 9 Millionen zur Verstärkung der Rücklagen verwandt werden, während die übrigen 66 Millionen zur Beitragsenkung verwendet wurden.

Wie wenig die Massenentlassungen und Noterscheinungen den Organisationswillen der Bergarbeiter lähmen konnten, geht daraus hervor, daß nur ein durchschnittlicher Mitgliederverlust von 4930 aufzuweisen ist. Noch deutlicher geht das aus der Entwicklung der Beitragseinnahmen hervor, indem im Berichtsjahr 6,1 Millionen Mark verein-

## Das Ende des nordfranzösischen Streits?

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Paris, Anfang Juli 1931.

Endlich scheint eine Lösung des nordfranzösischen Textilarbeiterstreiks bevorzustehen. Seit dem 20. Mai streiken in Roubaix, Tourcoing und Lille 120 000 Arbeiter. Müßten noch im vorigen Jahr bei dem Textilarbeiterstreik in den gleichen Orten etwa 50 000 Arbeiter vor dem offiziellen Abbruch des Streits wieder in die Fabriken zurückkehren, so lehrte diesmal kein einziger frühzeitig um. Nach sieben Wochen Streik liegen die Fabriken so still wie am ersten Tage. Die äußersten Entbehrungen haben die Arbeiter diesmal solidarisch auf sich genommen, um dem Herrscherwillen des Textilkonfortiums ein für allemal ein Halt entgegenzusetzen. Es ist bekannt, worum es sich bei diesem Streit handelt. Im September war eine „Anwesenheitsprämie“ nach einem Jahr Anwesenheit in derselben Fabrik in Höhe von 4 Prozent des Lohnes den Arbeitern schließlich zugestanden worden, und man war sich darüber einig, daß diese Prämie ein Bestandteil des Lohnes werde. Der heutige Ministerpräsident Laval hatte damals als Arbeitsminister einen entscheidenden Anteil an den Einigungsverhandlungen. Jetzt plötzlich will das Textilkonfortium die damaligen Abmachungen mit der Begründung wieder aufheben, durch die Bezahlung jener Anwesenheitsprämie von 4 Prozent zahle es im Grunde den Anteil der Arbeiter an den gerade vor einem Jahr in Frankreich eingeführten Sozialversicherungen (ebenfalls 4 Prozent). Die Textilherren gehen darin so weit, daß sie behaupten, ganz auf dem Boden des Gesetzes zu stehen, wenn sie die Anwesenheitsprämie wieder abschaffen, da das Gesetz vorschreibe, daß auch die Arbeiter 4 Prozent zu den Sozialversicherungen beitragen müßten.

Als Sprecher des Textilkonfortiums tritt wieder der frühere Arbeiter Deftree Ley auf, von dem sich verschiedene Textilindustrielle bereits im vorigen Jahr infolge seiner allzu starken arbeiterfeindlichen Haltung abgewandt hatten. „Hat denn Laval, wenn er es wirklich will, nicht ganz einfach das Mittel, sich diesen Mann zu unterwerfen und ihn zu erledigen? Wir appellieren nicht an das Mitleid. Wir wollen nicht groß von den Leiden sprechen, denen Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern seit zwei

Monaten ausgesetzt sind. Die Arbeiterklasse braucht von niemandem eine Bemitleidung. Wir verlangen für sie keine Stütze: die Arbeiterklasse braucht die Hilfe von niemandem, sie ist fähig, allein zu kämpfen und allein zu siegen. Aber wir erinnern die Regierung an ihre Pflicht, sie muß dem Recht zum Durchbruch verhelfen, dem geschriebenen und dem nichtgeschriebenen Recht, und sie muß dafür sorgen, daß die übernommenen Verpflichtungen eingehalten werden und sie muß die Schuldigen, wenn es nötig ist, bestrafen“, schreibt Leon Blum im „Populaire“ vom 4. Juli in einem Leitartikel.

Wie im September, so sondern sich auch diesmal wieder verschiedene Textilindustrielle ab. Während unter den Arbeitern die Stimmung einheitlich ist und auch der Wille, den Streik bis zum Siege durchzuhalten, während sogar die belgischen christlichen Arbeiter, die zunächst nachgegeben hatten, da für sie, die in Belgien leben, eine Lohnkürzung tragbar ist, aus Solidarität trotzdem nicht in die Fabriken zurückkehren, bricht wieder einmal die größte Uneinigkeit im Lager der Fabrikherren aus, die immer mehr sehen, daß die Wahrung ihrer Interessen bei Herrn Ley nicht in den richtigen Händen liegt. So schlossen endlich am 3. Juli 56 Inhaber von Textilfabriken unabhängig von Herrn Deftree Ley ein Abkommen mit ihren Arbeitern auf der Basis, die der Ministerpräsident Laval vorschlug, ab. Auf Grund dieses Abkommens wird an die Stelle der am 15. September eintgerichteten Anwesenheitsprämie eine Ausgleichsprämie von 3 Prozent des Lohnes bis zum 15. September und von 1 Prozent des Lohnes ab 16. September gesetzt. Die Textilgewerkschaft konnte durchsetzen, daß diese Ausgleichsprämie als Lohnbestandteil zu gelten habe. Sie kann also nicht eines Tages wieder gekündigt aufgeföhndigt werden. Außerdem sorgte die Gewerkschaft dafür, daß durch die Einrichtung eines besonderen Schiedsverfahrens derart schwere Lohnkämpfe wie die diesmaligen vermieden werden.

Das Abkommen bedeutet die Rückkehr von etwa 30 000 Arbeitern in die Fabriken vom 6. Juli an. Es kann dies das Signal für die übrigen Arbeitgeber sein, nun auch ihrerseits ihren Arbeitern in ähnlicher Weise entgegenzukommen. Kurt Lenz.

naht wurden; das sind nur 6000 Mark weniger als im Jahre 1929. Von dieser Summe wurden im letzten Jahre für Unterstützungszwecke allein 3,7 Millionen oder 61,4 Prozent der Beitragseinnahmen ausgegeben. Daß der Verband auch bemüht ist, auf kulturellem Gebiet seinen Aufgaben gerecht zu werden, beweist die Ausgabe für die Verbandsorgane in Höhe von 482 000 Mark und für sonstige Bildungsarbeit in Höhe von 163 000 Mark. Die Ausgaben für Verwaltungszwecke persönlicher und sachlicher Art, einschließlich der Sozialbeiträge für die Versicherung der ehrenamtlichen Funktionäre betrug 355 000 Mark. Ausgeschlossen aus dem Verband wurden wegen Kandidatur auf Sonderlisten und Unterstützung gegnerischer Organisation insgesamt 483 Mitglieder, wegen Verstoß gegen das Statut 25. Der Verband blieb also trotz der schlechten Wirtschaftsverhältnisse und trotz der kommunistischen Wühlversuche unerschüttert. Wenn sich die Verhältnisse in diesem Jahre auch noch weiter verschlechtern, so bleibt doch die feste zuversichtliche Hoffnung, daß der zähe Kampfeswille der freigestützten Bergarbeiter auch das Krisenjahr 1931 gut überstehen wird. SPD.

## Der Ufa-Bund über die internationale Bekämpfung der Wirtschaftskrise

Der Bundesausschuß des Ufa-Bundes, der großen freigewerkschaftlichen Spitzenorganisation der deutschen Privatangestellten, hat in einer ausführlichen Entschlieung zur Notverordnung Stellung genommen und dabei auch besonders auf die Wichtigkeit internationaler Hilfe und Zusammenarbeit hingewiesen. Der Beschluß sagt in diesem Zusammenhang u. a.: Die Ueberwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsnöte und Finanzkrise wird aber nur möglich sein, wenn es gelingt, eine Sicherung ausländischer Hilfe durch eine entsprechende Gestaltung der Außenpolitik zu erreichen. Die einsichtige Haltung der englischen Arbeiterregierung und das solidarische Wirken der freigewerkschaftlich gerichteten Arbeiter und Angestellten aller Länder haben für eine solche Hilfeleistung zweifellos günstige Voraussetzungen geschaffen. Wenn nach der Botschaft des amerikanischen Präsidenten

Hoover mit einer alsbaldigen Erleichterung der Reparationen zu rechnen ist, dann muß bei aller Rücksicht auf das Gleichgewicht der öffentlichen Haushalte die Befreiung von dem Druck der Reparationszahlungen auch für den einzelnen Staatsbürger und insbesondere für den, der am meisten Not leidet, unmittelbar fühlbar werden.“

## Gesekentwurf zur Einführung der 40-Stunden-Woche in der Tschechoslowakei

Die gemeinsame gewerkschaftliche Landeszentrale in der Tschechoslowakei hat einen Initiativantrag auf Verkürzung der Arbeitszeit ausgearbeitet, den die sozialdemokratischen Parteien der Abgeordnetenkammer vorlegen werden. Der Antrag fordert die allgemeine Einführung der 40-Stunden-Woche in allen Betrieben und die 36-Stunden-Woche in gesundheitschädlichen Betrieben. Weiter erhält der Antrag verschärfte Sanktionen für Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit.

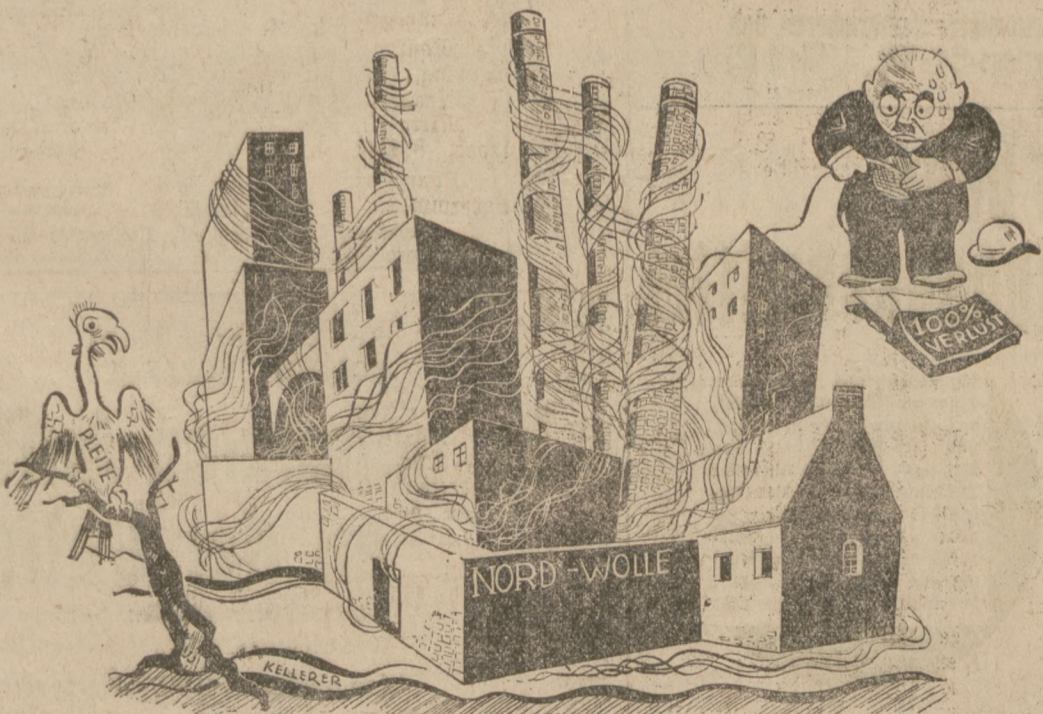
## Sozialer Fortschritt und das republikanische Regime

Seit ihrer Errichtung hat die spanische Republik nach und nach eine Reihe von Konventionen des Internationalen Arbeitsamtes ratifiziert. Insbesondere wurde bedingungslos die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über die Arbeitszeitdauer vorgenommen. Wie bekannt, kommt der Agrarfrage in diesem Lande eine große Bedeutung zu. In dieser Richtung wurde eine Verordnung über die Bewirtschaftung der Latifundien, über die Bodenkultur, über die Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft erlassen, es wurde eine gemeinsame technische Kommission geschaffen, besonders landwirtschaftliche Arbeitsgerichte eingeführt usw.

Es gibt kein Gebiet der von dem alten Regime so sehr vernachlässigten sozialen Fürsorge, das in der Republik trotz schwieriger Verhältnisse nicht hinreichende Beachtung fände. Es sei nur auf die in Schaffung begriffene Arbeitslosenunterstützung und Mutterchaftshilfe verwiesen.

Um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, wurde das Amt zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschaffen. Dieser Stelle wird zur Aufgabe gestellt, die Arbeitslosenzustände zu prüfen, die finanziellen Zuweisungen zu regeln, Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit anzuregen und die Arbeitsvermittlung zu organisieren. Von diesem Amt aus werden die öffentlich anerkannten Arbeitsvermittlungstellen und Stellenlosenunterstützungskassen ihre Zuwendungen erhalten. In seinen Satzungen heißt es: „Das Amt hat den Zweck, in Zusammenarbeit mit der Gesamtheit und den einzelnen Berufsgruppen den Dienst der Arbeitsvermittlungstellen und der Arbeitslosenunterstützungskassen zu fördern. Dem Staat liegt es ob, solche Einrichtungen zu schaffen und sie finanziell zu unterstützen. Es soll ein Netz von Arbeitsvermittlungstellen und Stellenlosenunterstützungskassen geschaffen werden, die die genaue Prüfung der Lage ermöglichen und die Mittel zur Abhilfe bieten sollten. Die außerordentliche Arbeitslosigkeit ist zweifellos ein großes Unglück und die langandauernde Arbeitslosigkeit drückt schwer auf große Gebiete Spaniens.“

Das spanische republikanische Regime ist zur Macht gelangt in einem Augenblick großer sozialer Schwierigkeiten, in denen all die unverzeihlichen Sünden des alten monarchistischen Regimes zu Tage treten. Aus allen Kräften ist die junge spanische Republik bemüht, ihren sozialen Aufgaben gerecht zu werden. Sollte sie nicht beispielgebend sein für jene Länder, in denen man an die Beschränkung der sozialen Schutzmaßnahmen herantreten will?



Der Aktionär: „Dieses Wollknäuel ist alles, was für mich von dem Fickentonzern übrig blieb!“

# Wie wird das Wetter?

Ein Wegweiser zur Selbstorientierung.

Von alters her hat man versucht, aus gewissen Anzeichen das Wetter vorzusagen, und aus den Beobachtungen des Wetters und der Himmels- und Lufteigenschaften sind dann die Wetter- und Bauernregeln entstanden. Aber die Zeiten des „100-jährigen Kalenders“ sind vorüber. Mit der Erfindung des Barometers und des Hygrometers begann die wissenschaftliche Ära der Wettervorhersage; im Jahre 1873 trafen sich Delegierte fast aller Kulturstaaten auf dem ersten internationalen Kongress in Wien, und heute ist die Meteorologie ein wichtiger Zweig der Naturwissenschaften. In allen Ländern befinden sich meteorologische Stationen und Observatorien, die untereinander in Verbindung stehen und dadurch in der Lage sind, eine umfassende Uebersicht des Verlaufes der meteorologischen Erscheinungen über große Teile der Erdoberfläche zu sammeln, zu verarbeiten und zu verbreiten.

Viele Menschen haben an der Wettervorhersage ein großes Interesse: der „Kleine“ und der „große“ Gärtner, der Landmann, der Förster und der Jäger, der Seemann, der Sportfreund und der Wandersmann. Für sie alle sind die wissenschaftlichen Wetterregeln, die auf Wind- und Wolkenbeobachtung, auf Untersuchungen und Strahlenercheinungen und der optischen und akustischen Erscheinungen der Atmosphäre beruhen, von großem Wert; da sie aber nicht immer und überall ein Barometer oder einen Wetterbericht oder eine synoptische Karte zur Hand haben, seien hier einige wissenschaftliche Wetterregeln wiedergegeben.

Federwolken, die langsam von Westen her heranziehen, kündigen in ein bis zwei Tagen Niederschläge an.

Auch Haufenwolken, die sich gegen Abend nicht verziehen und auflösen, bedeuten schlechtes Wetter und Regen.

Wenn im Frühjahr, Sommer und Herbst vereinzelte Wolken am Tage sichtbar sind und gegen Abend verschwinden, so ist das ein Zeichen von klarem, trockenem, beständigem Wetter.

Wenn der Himmel frühmorgens unbedeckt ist, gegen 10 oder 11 Uhr aber abgerundete Haufenwolken erscheinen und sich bis in die Nachmittagsstunden immer mehr sammeln, um gegen Abend wieder zu verschwinden, so darf man schönes Wetter erwarten.

Wenn die Nächte windstill sind, morgens aber vor Sonnenaufgang sich ein leiser Wind erhebt, der gegen Mittag stärker wird und der sich gegen Abend wieder legt, so ist das ein Vorbote für anhaltend klares, trockenes Wetter. Verstärkt sich jedoch der Wind gegen Abend, so kann man beinahe mit Sicherheit Niederschläge und Sturm erwarten.

Dreht sich der Wind am Vormittag nach der Sonne herum, am Nachmittag aber ihr entgegengesetzt, so wird gutes Wetter eintreten.

Starker Tau ist stets ein Zeichen von gutem Wetter; wenn die Morgenröte Purpurfarbe annimmt, so ist Regenwetter vorzusagen.

Wenn man das Läuten der Glocken aus weiter Ferne hört, so ist das ein Zeichen von hohem Feuchtigkeitsgrad der unteren Luftschichten und so mit der Möglichkeit eines Gewitters oder von Niederschlägen zu rechnen.

Wenn im Winter nach einem klaren Tage gegen Abend bei Windstille eine niedrige Schichtwolke wie ein nebliger Schleier den ganzen Himmel bedeckt, so ist das ein Zeichen von anhaltendem Frost.

Dem Bauern und demjenigen, der einigermaßen mit der Wetterkunde vertraut ist, sind diese Regeln nichts Neues. Wer sie im Leben wirklich anwendet, wird sich von ihrer Richtigkeit bald überzeugen. Wenn das aber zu mühsam erscheint, für den bleibt nur die einzige und unbedingt richtige Wetterregel übrig: „Wenn der Hahn kräht“ auf dem Mist, ändert sich das Wetter oder es bleibt wie's ist.“ H. Fr. P.

## Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7  
Dienstag, den 14. Juli:

12.10: Mittagskonzert. 15.25: Vorträge. 16.00: Kinderstunde. 16.15: Schallplatten. 16.50: Vorträge. 18.00: Volkstümliches Konzert. 19.00: Vorträge. 20.15: Unterhaltungskonzert. 21.30: Zur Unterhaltung. 22.45: Tanzmusik.



## Briand als Erzieher zum Frieden

Herr Briand, Frankreichs Außenminister, hat erklärt: Wir werden uns bemühen, aus Deutschland ein „friedenswilliges“ Volk zu machen.

Warschau — Welle 1411,8.

Dienstag, den 14. Juli:

12.10: Mittagskonzert. 15.25: Vorträge. 17.15: Schallplatten. 17.35: Vortrag. 18.00: Volkstümliches Konzert. 19.40: Vortrag. 20.15: Unterhaltungskonzert. 21.30: Vorträge. 22.45: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259.

Dienstag, den 14. Juli:

6.30: Wecken; anshl. Junggymnastik. 6.45: Frühkonzert auf Schallplatten. 12.35: Wetter, anshl. Was der Landwirt wissen muß. 15.25: Kinderfunk. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.30: Preisbericht, anshl.: Das wird Sie interessieren! 17.45: Technische Klauderei. 18.00: Stunde der Medizin. 18.30: Die Bergwelt Schlesiens. 19.00: Wettervorhersage; anshl.: Die Schallplatte des Monats. 20.00: Wiederholung der Wettervorhersage; anshl.: Geza von Kreiz geigt. 21: Abendberichte: 21.10: Wir stellen vor. 22.10: Zeit, Wetter, Preise, Sport, Programmänderungen. 22.30: Der Seefisch in der deutschen Haus- und Volkswirtschaft. 22.55: Funkstille.

Breslau Welle 325.

Dienstag, den 14. Juli:

6.30: Wecken; anshl. Junggymnastik. 6.45: Frühkonzert auf Schallplatten. 12.35: Wetter, anshl. Was der Landwirt wissen muß. 15.25: Kinderfunk. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.30: Preisbericht, anshl.: Das wird Sie interessieren! 17.45: Technische Klauderei. 18.00: Stunde der Medizin. 18.30: Die Bergwelt Schlesiens. 19.00: Wettervorhersage; anshl.: Die Schallplatte des Monats. 20.00: Wiederholung der Wettervorhersage; anshl.: Geza von Kreiz geigt. 21: Abendberichte: 21.10: Wir stellen vor. 22.10: Zeit, Wetter, Preise, Sport, Programmänderungen. 22.30: Der Seefisch in der deutschen Haus- und Volkswirtschaft. 22.55: Funkstille.

## Verjammlungskalender

Bergbauindustriearbeiterverjammlungen

am Sonntag, den 19. Juli 1931.

Giszowiec, vorm. 10 Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Zawodzie, vorm. 10 Uhr, bei Posa. Referent zur Stelle.

Gostyn, nachm. 1 1/2 Uhr, in Zawisc, bei Spindel. Referent zur Stelle.

Nowa Wies, vorm. 9 1/2 Uhr, bei Goreski. Referent zur Stelle.

Wielkie Piekarny, vorm. 9 1/2 Uhr, im bekannten Lokale. Referent zur Stelle.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Kaima, Mała Dąbrowka; für den Inseratenteil: Franz Kohnner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

## Monatsplan der D. S. J. P. und D. M. B. Jugend

Katowice II für Monat Juli.

- 15., Mittwoch, Humoristischer Abend, Leiter: Leo Mitrenga.
  - 17., Freitag, Volkstanz, Leiter: Heinrich Gregor.
  - 22., Mittwoch, Singabend, Leiter: Leo Albrecht.
  - 28., Dienstag, Vorstandssitzung.
  - 29., Mittwoch, Volkstanz, Leiter: Heinrich Gregor.
  - 31., Freitag, Unterhaltungabend.
  - 5. 8., Mittwoch, Monatsversammlung.
- Sämtliche Abende finden im Kasino (Latus) statt. Anfang der Abende 7 1/2 Uhr.

## Freie Sänger.

Gemischter Chor Freie Sänger Katowice. Unsere Übungsstunden finden in der Zeit von 15. Juli bis 1. September unter Leitung von Genossen Erich Groll im Saale des Zentralhotels statt. Anfang 7 1/2 Uhr abends.

Siemianowitz. Zu dem Rollwagenausflug nach Czulow, sind die Meldungen am Mittwoch in der Probe zu tätigen, mit gleichzeitiger Anzahlung von 1 Zloty.

Emanuelsges. (Arbeitgeberverein.) Am Sonntag, den 19. Juli, findet vormittags um 10 Uhr, in der Privatschule die fällige Monatsitzung mit seh. wichtiger Tagesordnung statt, u. a. die Fahrt nach Bielitz.

## Wanderprogramm L. B. „Die Naturfreunde“, Krol. Huta

- 19. Juli 1931. Familientour nach „Lamel“. Abmarsch für Fußgänger früh 4 Uhr vom Volkshaus. Führer: Fr. Pelka. Diejenigen, welche per Rollwagen fahren wollen, mögen sich bis Donnerstag, den 16. Juli beim Kassierer Fr. Bednarski melden.
- 26. Juli 1931. Trodenberg (Sucha Góra). Abmarsch früh 5 Uhr vom Volkshaus. Führer: Fr. Janikulla.
- 2. August 1931. Josefstal. Abmarsch früh 5 Uhr vom Volkshaus. Führer: Fr. Dlesch.

## Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Kattowitz. (Fotosektion, L. B. K., Katowice, Zentralhotel.) Mittwoch, den 15. Juli, abends 7 1/2 Uhr, fototechnischer Abend: Herstellung direkter Positivbilder auf Bromsilberpapieren. Laborationsversuch der „The British Journal of Photography“.

**Das Ei des Kolumbus**

war nicht überraschender als das Zugsieb der „Kompleta“-Kanne, deren Benutzung eine vollkommene Teebereitung ermöglicht und dadurch höchsten Teegenuss verbürgt. Aroma, Kraft u. Ergiebigkeit sind voll entwickelt. Die Teeblätter rationell ausgenüßt!

Sie erhalten die „Kompleta“-Kanne gegen Einsendung leerer Umhüllungen von Tee Marke „Teekanne“ im Netto-Teegewicht von 3 kg, dazugehörige Zuckerdose oder Sahnegießer oder Teetasse für Umhüllungen im Netto-Teegewicht von 1 kg, durch FIRM „TEADOT-COMPANY Ltd.“ WARSZAWA, OKOPOWA 21/23.

Verlangen-Sie deshalb nur

**TEEKANNE**

## Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele

stets am Lager in der  
Kattowitzer Buchdruckerei- und  
Verlags-Sp. Akc., 3. Maja 12.

## Das beste Propagandamittel

für geschäftliche Zwecke, weit besser als jedes andere Mittel, das gleichen Erfolg verspricht, sind gute Drucksaften. — Das Wichtigste ist die dauernde Wirkung des gedruckten Angebots! Werbedrucksaften gewinnen durch sorgfältige Ausarbeitung und tadellose Ausführung der Druckerei „Vita“. Druckproben überzeugen Sie!

„VITA“ NAKŁAD DRUKARSKI  
KATOWICE, KOŚCIUSZKI 29 - TEL. 2097

Die schönsten Handarbeiten nach den vorzüglichsten Anleitungen und herrlichen Mustern von

**Beyer's Handarbeitsbücher**

Kreuzstich, 3 Bände  
Auschnitt-Stickerei, 2 Bände  
Strick-Arbeiten, 2 Bände / Rißpelt, 2 Bände  
Weißstickerei / Sonnenspigen / Kunst-Stricken  
Dohlaum und Seinedurchbruch / Das Flickbuch  
Balk. - Arbeiten, 4 Bände / Schiffchen-Arbeiten  
Bunstickerei, 2 Bde. / Handanger-Stickerei  
Buch der Puppenkleidung

60 verschiedene  
Berg- und  
um c. 1/2

Ab-  
60 verschiedene  
Bände!

Ab-rufen zu haben  
oder von

**Verlag Otto Beyer, Leipzig-T.**

Soeben erschien:  
**MAX WILD**

## Im geheimen Auftrag an der Ostfront

Aufzeichnungen eines deutschen Nachrichtenoffiziers

Geunden z1 990. Kartoniert Z1 6.60

**Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-Spółka Akc., 3. Maja 12**

## Weißer Zähne

erzielen Sie schon durch 1-2 malig. Putzen mit der herrl. erfrischend schmeckend. Zahnpaste **Chlorodont**. Gegen üblen Mundgeruch wird auch mit Erfolg **Chlorodont**-Mundwasser verwendet.

Inserate in dieser Zeitung haben den besten Erfolg